



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Georges Thüring, SVP-Fraktion: Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex?**

Autor/in: [Georges Thüring](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 17. Oktober 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Am 9. Februar 2012 habe ich mittels Postulat ([2012-048](#)) die "Schaffung einer Baselbieter Ombudsstelle für Heim-, Spitex- und Altersfragen sowie für Menschen mit Behinderungen" angeregt. Der Regierungsrat wurde eingeladen, die Schaffung einer solchen Stelle und im Besonderen deren Trägerschaft zu prüfen.

Obwohl dieser parlamentarische Vorstoss bis dato, das heisst nach etwas mehr als anderthalb Jahren(!), noch nicht traktandiert worden ist und somit auch noch keine formelle Überweisung stattfinden konnte, hat er offenbar im "Hintergrund" bereits Einiges in Bewegung gesetzt. So hat beispielsweise der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden VBLG bereits am 31. März 2012 auf Aufforderung der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Stellung bezogen und einen Mitbericht zum Postulat verfasst.

Laut einem Bericht der Basellandschaftlichen Zeitung vom 10. Oktober d.J soll nun die Schaffung einer "Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex" konkret ins Auge gefasst werden - entweder auf Mitte 2014 oder spätestens auf Anfang 2015. Beteiligt an dieser Lösung respektive in die Vorbereitungen involviert sind laut Medienbericht die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, der "federführende Gemeindeverband", der Verband der Baselbieter Alters- und Pflegeheime sowie der kantonale Spitex-Verband.

Trotz der grundsätzlich positiven Entwicklung dieses "Geschäftes" stellen sich für mich als Postulant folgende Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde dieses Postulat im Landrat bislang nicht traktandiert - wer stand oder steht auf der Bremse: das Landratsbüro und/oder die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion?
2. Wann wird das Postulat traktandiert?
3. Treffen die inhaltlichen Aussagen des erwähnten Medienberichtes zu und inwieweit hat sich die VGD in dieser Sache engagiert?
4. Weshalb ist der Bereich "Menschen mit Behinderungen" in der geplanten Ombudsstelle nicht vorgesehen?
5. Wie sieht nun das konkrete weitere Vorgehen bezüglich dieser Ombudsstelle aus.

Ich bitte den Regierungsrat - und allenfalls das Landratsbüro (ad Fragen 1) und 2) - um schriftliche Beantwortung dieser Fragen innert Monatsfrist.